

Stand: 15.04.2026 10:01:43

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/1819

"Für Bayerns Familien: Kitas jetzt weiterentwickeln"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1819 vom 17.04.2024
2. Beschluss des Plenums 19/1843 vom 17.04.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 16 vom 17.04.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Peter Tomaschko, Kristan Freiherr von Waldenfels** und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Julian Preidl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Für Bayerns Familien: Kitas jetzt weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die bisherigen Maßnahmen und Erfolge der Staatsregierung zur Fachkräftegewinnung, die Weiterentwicklung der Finanzierung sowie die Förderprogramme zum Platzausbau im Kita-Bereich.

Um den weiteren großen Herausforderungen proaktiv zu begegnen, wird die Staatsregierung aufgefordert, die bereits im Koalitionsvertrag erkannten und beschriebenen Ziele, wie den weiteren Ausbau sowie die Weiterentwicklung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) jetzt nach Maßgabe der Haushaltsmöglichkeiten anzugehen und dem Landtag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zu berichten, inwieweit diese bereits erreicht bzw. fortgeschritten sind, um gemeinsam mit der kommunalen Familie eine auskömmliche Finanzausstattung der Einrichtungsträger, sozialverträgliche Elternbeiträge und eine bayernweit hohe Qualität sowie vergleichbare Bildungschancen für alle Kinder zu sichern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie einen aktuellen Zwischenbericht – auch hinsichtlich der Umsetzung der in den extra hierfür eingerichteten Facharbeitsgruppen „Kita 2050“ und „Fachkräfte“ erzielten Ergebnisse sowie zu den Maßnahmen der schulischen Ausbildungen – vorzulegen, der neben den bisher erreichten Meilensteinen auch weitere Bedarfe und Handlungsfelder aufzeigen soll.

Begründung:

Die bisherigen Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und die Förderprogramme zum Platzausbau sind bereits überaus erfolgreich. Auch bei der Finanzierung der Kindertagesbetreuung beteiligt sich der Freistaat maßgeblich, obwohl es kommunale Pflichtaufgabe ist. Der aktuelle Koalitionsvertrag setzt sich hier als zentrales Ziel, neben dem weiteren Ausbau vor allem eine Weiterentwicklung des BayKiBiG voranzutreiben, um gemeinsam mit der kommunalen Familie eine auskömmliche Finanzausstattung der

Einrichtungsträger, sozialverträgliche Elternbeiträge und bayernweit hohe Betreuungsqualität sowie vergleichbare Bildungschancen für alle Kinder zu sichern.

Bereits heute ist rund 85 Prozent mehr Personal in den bayerischen Kitas tätig, als noch vor rund 10 Jahren. Auch im Bereich des Ausbaus wurden die Ausbauziele des Koalitionsvertrages von 2018-2023 bereits deutlich übertroffen. Der aktuelle Koalitionsvertrag sieht hier keinen Halt, sondern im Gegenteil einen weiteren kräftigen Ausbau vor. Dennoch sind auch hier weitere Anstrengungen erforderlich.

Mit den bisher erzielten Erfolgen ist Bayern auf dem richtigen Weg, jedoch stellen ein kontinuierlich weiter steigender Betreuungsbedarf, der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern beginnend ab dem Jahr 2026 und der damit zusätzlich aufkommende Bedarf an Betreuungsplätzen sowie der sich bereits jetzt deutlich abzeichnende Fachkräftemangel Herausforderungen für heute und die kommenden Jahre dar.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Peter Tomaschko, Kristan Freiherr von Waldenfels** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Julian Preidl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/1819

Für Bayerns Familien: Kitas jetzt weiterentwickeln

Der Landtag begrüßt die bisherigen Maßnahmen und Erfolge der Staatsregierung zur Fachkräftegewinnung, die Weiterentwicklung der Finanzierung sowie die Förderprogramme zum Platzausbau im Kita-Bereich.

Um den weiteren großen Herausforderungen proaktiv zu begegnen, wird die Staatsregierung aufgefordert, die bereits im Koalitionsvertrag erkannten und beschriebenen Ziele, wie den weiteren Ausbau sowie die Weiterentwicklung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) jetzt nach Maßgabe der Haushaltsmöglichkeiten anzugehen und dem Landtag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie zu berichten, inwieweit diese bereits erreicht bzw. fortgeschritten sind, um gemeinsam mit der kommunalen Familie eine auskömmliche Finanzausstattung der Einrichtungsträger, sozialverträgliche Elternbeiträge und eine bayernweit hohe Qualität sowie vergleichbare Bildungschancen für alle Kinder zu sichern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie einen aktuellen Zwischenbericht – auch hinsichtlich der Umsetzung der in den extra hierfür eingerichteten Facharbeitsgruppen „Kita 2050“ und „Fachkräfte“ erzielten Ergebnisse sowie zu den Maßnahmen der schulischen Ausbildungen – vorzulegen, der neben den bisher erreichten Meilensteinen auch weitere Bedarfe und Handlungsfelder aufzeigen soll.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Doris Rauscher

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Melanie Huml

Abg. Johannes Becher

Abg. Franz Schmid

Abg. Julia Post

Abg. Julian Preidl

Staatsministerin Ulrike Scharf

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich komme somit wieder zum Tagesordnungspunkt "Dringlichkeitsanträge" und rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion (SPD)
Mehr Geld für Bayerns Kitas (Drs. 19/1811)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Julian Preidl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für Bayerns Familien: Kitas jetzt weiterentwickeln (Drs. 19/1819)

Ich erinnere noch einmal daran, dass für den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden ist. – Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache und erteile der Kollegin Doris Rauscher das Wort. Bitte.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich mal auf den Punkt zu bringen: Bei unseren Kindern dürfen wir nicht sparen. Bayerns Kitas brauchen Geld.

(Beifall bei der SPD)

Die gute Nachricht möchte ich auch gleich noch hinterherschicken. Dafür können wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch etwas tun;

(Beifall bei der SPD)

denn der Freistaat unterstützt anteilig die Finanzierung der Kitas mit dem sogenannten Basiswert – das ist wichtigste Maßeinheit bei der Finanzierung –, insbesondere die Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen. Der Basiswert wurde 2005 mit der Um-

stellung auf das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, kurz BayKiBiG, eingeführt.

Inzwischen ist dieser staatliche Anteil der Förderung ungefähr bei einem Satz von 60 % angekommen. Früher war er mit 75 bis 80 % deutlich höher, nur so als Größenordnung. Die weiteren Kosten mussten und müssen noch immer die Kitas bzw. die Kommunen selbst aufbringen.

Dieser Anteil wird für die Kommunen und auch die Kitaträger zu einem immer größeren Problem, zumal sie oft nur eine Stellschraube haben, an der sie drehen können, um zusätzliche Einnahmen zu generieren. An dieser Stellschraube dreht doch eigentlich niemand gern. Die einzige Möglichkeit besteht darin, die Elterngebühren zu erhöhen. Genau das passiert in immer mehr Kommunen in Bayern. In vielen Orten in Bayern, nicht nur in einem einzigen Ort – München wird immer erwähnt – explodieren die Elterngebühren geradezu, zum Teil mit einer Verdoppelung, zum Teil – auch das als Größenordnung – von bisher 200 auf 400 Euro, von 300 auf 600 Euro im Monat, und das für eine durchschnittliche Buchungszeit von fünf bis sechs Stunden. Dies bezieht sich, wie gesagt, nicht nur auf München. Die gleiche Situation haben wir in Aschaffenburg, in Augsburg, und auch vor meinem eigenen Landkreis, Ebersberg, macht diese Entwicklung nicht halt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die traurige Wahrheit ist, dass diese Entwicklung seit Jahren absehbar ist. Deshalb stehe ich hier heute auch nicht zum ersten Mal zu diesem Thema. Zum bekannten Fachkräftemangel kommt ein großes Finanzierungsproblem hinzu. Wir beobachten schon seit Jahren, dass die Kitafinanzierung bei Weitem nicht mehr auskömmlich ist, dass die Lücke zwischen den tatsächlichen Sach- und Personalkosten einer Kita und der staatlichen Refinanzierung immer größer wird. Seit Jahren weise ich immer wieder auf diese entstehende Finanzierungslücke hin, im Rahmen von Haushaltsberatungen, im Fachausschuss und auch hier im Plenum, in der Vollversammlung des Hohen Hauses. Und was hat sich getan?

(Thomas Huber (CSU): Vieles!)

Die Deckungslücke wird immer größer. – Wenn sich vieles getan hätte, hätten wir keine so große Deckungslücke, Herr Kollege von der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie der Realität doch einfach mal ins Auge. Dabei, Kolleginnen und Kollegen, komme ja nicht nur ich oder kommt nicht nur die SPD-Landtagsfraktion mit dieser Thematik immer wieder hier ins Parlament. Die Fachpraxis kommt. Die Äußerungen kommen vonseiten der Kommunen, von den Spitzenverbänden. Auch sie weisen immer wieder auf diese alarmierende Entwicklung hin. Sie kommen von der Fachpraxis, und alle sagen das Gleiche: Die Finanzierung der Betriebskosten muss neu und vor allem auskömmlich gestaltet werden.

(Beifall bei der SPD)

Selbst das von der Staatsregierung eingesetzte Bündnis für frühkindliche Bildung hat in seinem Zwischenbericht eine ganz eindeutige Handlungsempfehlung formuliert. Was muss denn eigentlich noch passieren? Lieber verweisen Sie aber immer darauf, dass die Kitas kommunale Pflichtaufgabe seien. Da haben Sie ja auch gar nicht so Unrecht.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Ja! Hört, hört!)

– Ja, ja, Hört, hört. Ist so. Hört, hört. – Das sind die Äußerungen der CSU. Aber dieses Herumgeschiebe von Verantwortung, Kolleginnen und Kollegen, ist doch ein Trugschluss.

(Thomas Huber (CSU): Das ist klare Verantwortung!)

Einerseits haben die Kommunen ein immer größer werdendes Problem wegen des nicht wirklich gut ausgestatteten kommunalen Finanzausgleichs.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch und Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe der Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) und Michael Hofmann (CSU))

Gleichzeitig werden ihnen immer mehr Aufgaben zugemutet, und das, wie gesagt, in einer Zeit, in der die Kommunen landauf, landab mit angespannten Haushalten zu kämpfen haben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wegen eurer Bundespolitik!)

Außerdem möchte ich darauf hinweisen – es sollte inzwischen eigentlich auch hier jedem Abgeordneten bekannt sein –, dass Bildung, somit auch frühkindliche Bildung, Ländersache ist. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu schaffen ist auch Aufgabe des Freistaats. Bitte berücksichtigen auch Sie diese Aspekte.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb kann es Ihnen doch nicht egal sein, wenn die Kitaqualität vom Wohnort abhängt, wenn es beim Anstellungsschlüssel in Bayern ein Nord-Süd-Gefälle gibt, wenn die Finanzkraft der Kommune darüber entscheidet, ob Eltern niedrige bis keine Elterngebühren zahlen, während die Gebühren im Nachbarort in die Höhe schnellen.

(Florian von Brunn (SPD): Genau so ist es!)

Es darf nicht sein, dass die frühkindliche Förderung davon abhängt, wo in Bayern ein Kind wohnt.

(Beifall bei der SPD)

Bayern steht im Bereich der Kindertagesbetreuung fest an der Seite der Kommunen. Passenderweise haben Sie, Frau Ministerin, genau das gestern auch im Nachgang zur Kabinettsitzung erneut verkündet. Prima, sage ich da. Liebe CSU und FREIE WÄHLER, jetzt, nicht erst 2026, wie aus dem Sozialministerium verkündet, soll es Nachbesserungen im Zuge des BayKiBiG geben. Jetzt müssen Sie nachbessern;

(Beifall bei der SPD)

denn jetzt, jeden Tag, haben Träger, Einrichtungen und Kommunen ein Finanzierungsproblem.

Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Jahren hat sich gezeigt, welche hohe Bedeutung der frühkindlichen Bildung zukommt. Darauf dürfen wir alle stolz sein. Es gibt genug wissenschaftliche Erkenntnisse, dass die frühkindliche Bildung das grundlegendste Glied in der Bildungskette ist. Genau deshalb zahlen sich Investitionen in diesen Bildungsbereich, in unseren Nachwuchs, in unsere Zukunft immer aus. Sie sind zentral für Kinder, für Familien, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auch übrigens für die Gleichstellungsthematik. Letztendlich zahlen sie sich auch für die Wirtschaft aus. Wir wissen, dass jede Fachkraft in der Wirtschaft gebraucht wird, und jedes Kind, das nicht betreut werden kann, entzieht quasi der Wirtschaft eine Fachkraft.

(Florian von Brunn (SPD): So ist es!)

Ich bitte Sie, sich auch diesen Aspekt immer wieder bei der Gesamthematik vor Augen zu führen. Wir sind ein reiches Bundesland. Wir können und wir sollten uns hier eine stärkere Investition leisten. Wissen Sie, was passieren wird – da würde ich fast eine Wette eingehen –, wenn sich nicht umgehend etwas ändert? – Dann werden uns spätestens nächstes Jahr die Träger reihenweise die Kindertageseinrichtungen zurückgeben, weil sie nicht mehr wirtschaftlich zu führen sind. Gehen Sie raus in die Praxis, reden Sie mit den Trägern, öffnen Sie Ihre Ohren und vor allem Ihr Herz bei Haushaltsverhandlungen. Gehen Sie mit dem Basiswert deutlich hoch. Das ist die Forderung unseres Dringlichkeitsantrags. Es ist dringlich, heute mehr denn je.

(Beifall bei der SPD)

Beim Nachzieher der CSU können wir uns wirklich nur enthalten.

(Thomas Huber (CSU): Was?)

Erst dachte ich, es ist ja ein Berichtsantrag; wieso denn nicht zustimmen? – Aber wir hatten erst 2022 einen Bericht aus dem Bündnis für frühkindliche Bildung. Bereits da wurden Finanzforderungen gestellt. Sie verträsten, Sie verschieben, Sie gehen Verbesserungen im Rahmen der Haushaltssituation ein.

(Thomas Huber (CSU): Haben Sie nicht richtig gelesen?)

Kolleginnen und Kollegen, haben Sie die Größe des Problems wirklich noch nicht erkannt? Wir werden uns enthalten.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist traurig! – Thomas Huber (CSU): Das ist wirklich traurig!)

Mit Ihrem Berichtsantrag verschieben Sie diese wirklich große Problematik wiederum nur um Wochen und Monate nach hinten.

(Thomas Huber (CSU): Es ist nicht nur ein Berichtsantrag!)

Wir alle wissen eigentlich, dass wir bereits in Verzug sind. Das Problem hätte eigentlich schon zu Beginn des letzten Kindergartenjahres strukturiert angegangen werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Liebe Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung vom Kollegen Prof. Dr. Ingo Hahn vor.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Werte Kollegin Rauscher von der SPD, für all Ihre Anträge im Bereich Bildung und Soziales, haben Sie immer nur eine einzige Lösung parat: Nämlich mehr Geld vom Staat, und dann lösen sich alle Probleme in Wohlgefallen auf.

Aber die Probleme im sozialen Bereich lösen sich eben nicht nur durch Geld. Ist Ihnen eigentlich bewusst, dass die Kitas den Andrang durch die von Ihnen geförderte Mas-

senzuwanderung überhaupt nicht mehr stemmen können und die Betreuungskräfte maßlos überfordert sind? Daran müsste sich nämlich einmal etwas ändern. Geld alleine reicht eben nicht aus. Wie Maggie Thatcher es schon damals richtig sagte: Das Problem des Sozialismus ist, dass einem irgendwann das Geld der anderen Leute ausgeht.

(Beifall bei der AfD)

Doris Rauscher (SPD): Herr Kollege von der AfD, zum einen konzentriere ich meine Initiativen seit vielen Jahren im Hohen Haus nicht nur auf Geldinvestitionen, sondern auch auf andere Bereiche. Sie sind ja noch nicht so lange dabei. Ich weiß als gelernte Erzieherin und langjährig Tätige in diesem Bereich, was draußen los ist und mit welchen Problemen Träger zu kämpfen haben. Glauben Sie mir, wenn eine weiß, wovon sie spricht, dann mit Sicherheit ich – mehr als Sie.

(Beifall bei der SPD)

Zum anderen zum Thema Massenzuwanderung: Die Kita ist der beste Ort für Integration, sowohl für Kinder als auch für Familien. Wir lassen uns das von Ihnen nicht nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, entschuldigen Sie, bleiben Sie am Rednerpult. – Mir liegt eine weitere Meldung zur Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Harald Schwartz für die CSU-Fraktion vor. – Entschuldigung, Sie sind entlassen, die Zwischenbemerkung war zu spät angemeldet und ist damit hinfällig. Damit kommen wir zur nächsten Rednerin, der Kollegin Melanie Huml für die CSU-Fraktion.

Melanie Huml (CSU): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch uns ist das Thema Kinderbetreuung enorm wichtig. Deswegen machen wir uns natürlich immer wieder Gedanken darüber, wie wir diese weiter verbessern können und was wir tun können. Wir haben aber auch schon enorm viel erreicht.

Liebe Kollegin Rauscher, Sie haben erwähnt, dass der kommunale Finanzausgleich nichts wäre. Hier muss ich Ihnen widersprechen; denn so hoch war er noch nie. Selbst die Kommunen erkennen das an. Ich würde mir hier schon wünschen, dass man bei der Wahrheit bleibt und das entsprechend goutiert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ja, uns beschäftigen natürlich Themen wie ausreichend Kitaplätze, genügend Personal und eine auskömmliche Finanzierung. Ein Blick in den Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN zeigt, dass genau diese Themen enthalten sind, angegangen werden und in den letzten Jahren bereits angegangen worden sind. Wir fangen in Bayern nicht bei null an. Wir haben in den letzten Jahren schon etliches getan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte Sie ein bisschen mit Zahlen konfrontieren: Alleine die Anzahl der Krippenplätze ist von 2008 bis 2022 von 40.000 auf 140.000 erhöht worden.

(Johannes Becher (GRÜNE): Der Bedarf ist höher!)

Das war nur möglich, weil der Freistaat mitfinanziert hat und sich gekümmert hat. Wir haben in den Koalitionsvertrag neu aufgenommen, dass wir noch einmal 180.000 Plätze schaffen wollen, um die Regierungsverantwortung für Kinder unter drei Jahren und Kinder über sechs Jahre zu tragen, da hier ein besonderer Bedarf vorliegt. Wir werden uns auch weiter kümmern. Das muss man wirklich auch anerkennen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie behaupten weiter, dass wir an den Kindern sparen würden. Jedoch sprechen die Zahlen und Fakten eine ganz andere Sprache: Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege sind im Jahr 2007 mit etwa 580 Millionen Euro gefördert worden. Bis zum Jahr 2022 ist diese Summe auf fast 3 Milliarden Euro angewachsen. Da kann

man doch bitte nicht davon reden, dass wir an den Kindern sparen würden. Das entspricht doch einfach nicht der Realität.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch ich bin vor Ort in den Kindertagesstätten und in Gesprächen mit verschiedenen Kräften wie Erziehern, Eltern – mein Jüngster ist noch gar nicht so lange aus dem Kindergarten draußen –, Trägern und den Kommunen. Wir sagen zu Recht, dass es sich auch um eine kommunale Pflichtaufgabe handelt. Deswegen ist es richtig, die Kommunen mit ins Boot zu nehmen; das machen wir in unserem Antrag auch. Wir lassen die Kommunen nicht alleine, aber wir lassen sie auch nicht komplett aus der Verantwortung, denn das gehört eben auch dazu.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben vorhin gesagt, dass es darauf ankommt, wo das Kind wohnt. Ich darf Ihnen sagen, dass es bei mir in der Region Bamberg sehr unterschiedliche Beiträge für die Eltern gibt. Das ist bereits innerhalb einer Region der Fall. Es kommt also nicht nur darauf an, wo das Kind bzw. die Familie lebt, sondern es kommt auch darauf an, wie der einzelne Träger haushaltet und die Kommune bereit ist, ihrer Pflichtaufgabe nachzukommen. Die Stadt Bamberg beispielsweise hat keinen einzigen kommunalen Kindergarten, obwohl es ihre Aufgabe wäre.

(Michael Hofmann (CSU): SPD-Oberbürgermeister!)

Wenn Eltern bei mir aufschlagen und sich beschweren, dass sie keinen Platz bekommen, dann schicke ich sie ehrlicherweise zum Oberbürgermeister. Ich bin der Auffassung, dass da etwas getan werden muss. Selbstverständlich kümmern wir uns auch. Ich habe schon vielen Eltern geholfen, indem ich zu anderen Trägern Kontakt hergestellt habe. Ich würde mir aber schon wünschen, dass die kommunale Aufgabe angenommen wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Da Sie sich bei unserem Antrag nur enthalten wollen, möchte ich darauf hinweisen, dass in unserem Antrag steht, dass das Thema jetzt angegangen werden soll. Sie haben sich ja beschwert, dass es zu langsam gehe und noch schneller gehen müsse. Man muss auch immer darauf achten, wie die haushalterischen Möglichkeiten sind. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Aber wir wollen, dass das Thema vorankommt. Auch der Arbeitskreis Soziales ist bestrebt, dass die Eltern die Sicherheit haben, einen Kinderbetreuungsplatz mit einer qualitativ hochwertigen Betreuung zu finden.

Ich möchte zum Abschluss kurz aus unserem Dringlichkeitsantrag zitieren, wonach wir "gemeinsam mit der kommunalen Familie eine auskömmliche Finanzausstattung der Einrichtungsträger, sozialverträgliche Elternbeiträge und eine bayernweit hohe Qualität sowie vergleichbare Bildungschancen für alle Kinder" sichern wollen.

Sie schauen nur auf den Basiswert, aber das ist uns zu wenig. Wir wollen eben noch mehr. Deswegen schauen wir auf eine auskömmliche Finanzierung mit der kommunalen Familie und haben die Einrichtungsträger, die Elternbeiträge und die Qualität mit im Blick. Ich weiß, dass wir im Bereich der Familien die Chance haben, dass Kinder bestmöglich betreut und gebildet werden können und die Eltern dann auch einem Beruf nachgehen können. Ich hätte viele Jahre lang nicht als Abgeordnete in diesem Hohen Haus tätig sein können, wenn ich nicht gewusst hätte, dass meine Kinder vor Ort bestens betreut werden.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir würden uns freuen, wenn Sie den Antrag unterstützen und nicht nur einseitig den Basiswert anschauen würden. Wir wollen das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz insgesamt reformieren, aber mit den Kommunen und den Trägern zusammen, und wir wollen die Qualität und die Elternbeiträge mit im Blick haben. In diesem Sinne: Jetzt angehen! Das ist auch für uns wichtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Johannes Becher von den GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Huml, Stichwort "jetzt angehen" – man kann nur begrüßen, dass Sie jetzt die Reform des BayKiBiG aus dem Jahr 2005 angehen. Wenn es tatsächlich mal zu einer Reform kommt und man einen Prozess einleitet, muss man sicherlich alle Akteure mit ins Boot nehmen.

Bei der Frage der Erhöhung des Basiswertes – das, was das Bündnis für frühkindliche Bildung, das wiederum selbst von der Bayerischen Staatsregierung eingesetzt worden ist, uns immer wieder ins Stammbuch schreibt – brauchen wir keinen Runden Tisch, sondern Taten. Die Wahrheit steht im Gesetz. Der Bayerische Landtag ist der Haushaltsgesetzgeber. Mich interessiert: Ist dann die Bestrebung des Arbeitskreises Soziales der CSU – ich habe wahrgenommen, Sie würden gern mehr machen –, dass sich das in einem Haushaltsantrag zum Doppelhaushalt 2024/2025 niederschlagen wird? Gibt es dann einen höheren Basiswert? Oder ist das ein Wunsch, der in der Realität nicht erfüllt wird, hofft man, in ferner Zukunft irgendetwas zu erreichen? Ich wünsche mir, dass man den Worten Taten folgen lässt. Diese Möglichkeit bestünde für Sie.

Melanie Huml (CSU): Da Sie behaupten, dass sich das BayKiBiG, das aus dem Jahr 2005 stammt, zwischenzeitlich nicht geändert habe, muss ich Ihnen sagen, dass es beim Basiswert immer mal wieder zu einer Erhöhung gekommen ist. Ich kann das relativ deutlich sagen; denn ich habe es im Jahr 2005 miteinbringen dürfen. Ich habe es mir jetzt, als ich wieder in den Sozialausschuss gegangen bin, noch mal angeschaut und mir gedacht: Mensch, da hat sich ja etliches getan. Ich bin aber auch der Auffassung – und dieser Auffassung sind auch das Sozialministerium und die Sozialministerin –, dass man das durchaus mal wieder überprüfen kann. Deshalb ist es ja in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Nichts ist so gut, als dass man es nicht hier oder dort noch mal verbessern kann, wenn Möglichkeiten bestehen.

Deswegen ist auch im BayKiBiG während der letzten Jahre immer mal wieder für die Familien etwas positiv verändert worden. Denken Sie allein an die 100 Euro, die die Kindergarteneltern bekommen haben. Denken Sie an das Familiengeld und das Krippengeld. Seitens des Freistaats Bayern ist viel Geld geflossen, und zwar gerade an die Eltern. Die sind ja auch maßgeblich, wenn es um die Elternbeiträge beim Basiswert geht.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zu einer zweiten Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Doris Rauscher von der SPD gemeldet.

Doris Rauscher (SPD): Frau Kollegin Huml, CSU-Arbeitskreis, guten Morgen, wenn Sie jetzt erst feststellen, dass Sie die Thematik "jetzt angehen" müssen, weil sie offensichtlich auch aus Ihrer Sicht wichtig ist. Diese Anmerkung zum Ersten.

Zum Zweiten hören wir die Worte "jetzt angehen" immer wieder. Es ist allerhöchste Zeit. Schieben Sie es nicht wieder auf die lange Bank! Der vorliegende Antrag konzentriert sich tatsächlich auf die Finanzen. Ich stimme Ihnen gerne zu, dass ein "Noch mehr" wichtig ist. Ihr Berichts Antrag reicht aber nicht aus. Wenn Sie es jetzt schon angehen wollen, wünsche ich mir ein bisschen mehr Wumms.

Zum Dritten. Stimmen Sie mir zu, dass die Anzahl der Plätze, der Aufwuchs der Plätze noch lange nichts über die auskömmliche Finanzierung des einzelnen Platzes oder der Kita aussagt?

Melanie Huml (CSU): Sie haben vielleicht meine Ausführungen wahrgenommen. Ich habe damit begonnen, dass es sehr wohl darum geht, die Plätze auszubauen, aber auch darum, das Personal aufzustocken, das natürlich notwendig ist, um die Plätze mit Leben zu füllen. Außerdem spielt der finanzielle Aspekt eine Rolle. Dies ist ein Dreiklang. Man kann diese drei Punkte nicht isoliert betrachten. Deswegen erachten wir Ihren Antrag, der nur auf die Finanzierung abstellt, als zu wenig ganzheitlich für das gesamte System, das in der Kinderbetreuung für die Familien in Bayern notwendig ist.

Wir wollen es weiterentwickeln. Wir haben ja schon etwas getan. Sie tun so, als wären wir stehen geblieben. Das sind wir aber schlichtweg nicht. Denken Sie nur an die Quereinsteiger, die modulare Ausbildung. Ich habe mir dazu die Zahlen heute noch einmal geben lassen. Wir haben 6.000 Quereinsteiger, die sich für den Beruf interessieren. Das ist doch ein Erfolg. Natürlich muss man gucken, wie es gemacht ist und wie es in der Praxis ankommt; aber gehen wir doch manchen Weg auch einfach mal, um sehen zu können, wie sich das auswirkt, damit es für die Familien einen Benefit gibt und damit die Kinder bestens betreut und gebildet werden können. Das liegt uns doch allen am Herzen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Franz Schmid für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Franz Schmid (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ihren Antrag in allen Ehren; aber ich als Kinderpfleger sehe selbst, wo die Probleme liegen – vorweg: Am fehlenden Geld liegt es nicht.

Sie zitieren in Ihrem Antrag einen Bericht aus dem Jahr 2021. Der Antrag ist nahezu wortgleich mit dem, was im Zwischenbericht der Facharbeitsgruppe "Kita 2050" des Bündnisses für frühkindliche Bildung in Bayern steht. Ich gehe nun auf das Problem des Mangels an Betreuern und Fachkräften ein.

Selbstverständlich besteht Handlungsbedarf. Nehmen wir zum Beispiel den bundesweiten Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab dem ersten Lebensjahr bis zur Einschulung unabhängig von der Beschäftigungssituation und dem Einkommen der Eltern. Nicht der Rechtsanspruch an sich ist das Problem. Vielmehr haben wir das Problem, dass das Leben immer teurer wird und einer allein die Familie nicht mehr versorgen

kann. Vor allem die Leistungserbringer in unserer Gesellschaft haben somit keine freie Wahl mehr, ob sie ihr Kind zu Hause betreuen oder ob sie es in eine Kita geben.

(Beifall bei der AfD)

Eine echte Wahlfreiheit, wie sie von der Staatsregierung immer wieder angepriesen wird, gibt es de facto nicht. Es gäbe sie nur dann, wenn die Erziehungsleistung der Mutter oder des Vaters für die Regierung denselben Stellenwert hätte wie die der Fremdbetreuung – das ist aber offensichtlich nicht der Fall, da man seitens des Staates darauf bedacht ist, die Kinder so schnell wie möglich unter die Fittiche zu nehmen. Gleichzeitig leidet die Qualität der Kinderbetreuung, welche bestimmt nicht nur durch Quereinsteiger gewährleistet werden kann.

Zusätzlich wäre es auch angebracht, den Arbeitsalltag der Fachkräfte zu entbürokratisieren und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Doch damit ist längst nicht alles getan. Unsere Grenzen sind immer noch offen, und zwar sperrangelweit. Künftige Bürgergeldempfänger werden von der Bundesministerin Paus nach Deutschland gelockt. Massenhaft findet illegale Migration statt, und dann treibt man das Ganze auch noch auf die Spitze, indem man den Familiennachzug fördert.

Frauen mit Migrationshintergrund bekommen durchschnittlich drei Kinder, während deutsche Frauen durchschnittlich nur 1,3 Kinder bekommen. Jetzt überlegen Sie sich mal, was das für Auswirkungen auf die Kinderbetreuung und die Betreuung in Schulen hat!

Markus Söder erklärte im letzten Sommer, dass 30 % der Schülerinnen und Schüler in Bayern einen Migrationshintergrund hätten. Im Jahr 2016 hatten bereits 27 % aller Kinder in bayerischen Kitas einen Migrationshintergrund. Ja, mit dem Rechtsanspruch haben auch Kinder von Asylbewerbern Anspruch auf einen Kitaplatz, und zwar ab dem Zeitpunkt der Aufnahme in einer Anschlussunterkunft. Unsere Probleme sind nicht etwa zu wenige Kitaplätze oder zu wenige Fachkräfte; unser Problem heißt illegale Einwanderung!

(Beifall bei der AfD)

Ja, damit haben die Kommunen ein wahnsinniges Problem. Der Ansturm illegaler Migranten ist nicht mehr zu stemmen. Dies stellt eine wahnsinnige finanzielle Belastung dar. Dazu zählt selbstredend auch die Kinderbetreuung. Die Zuwendungen an die Gemeinden sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Für die Jahre 2024 und 2025 sind sie wiederum um viele Hundert Millionen Euro gestiegen.

Wenn Sie jetzt nicht eins und eins zusammenzählen können, dann können Sie sich denken, was die Lösung ist. Wenn endlich wieder Logik statt Ideologie und Realität statt Fantasie zum Zuge kommen, dann kann es nur eine Lösung geben: Einerseits muss konsequent eine Remigrationsoffensive eingeleitet werden, andererseits müssen unsere Grenzen wieder dichtgemacht werden. Dann würden wir nicht nur das Problem der fehlenden Betreuungsplätze und der fehlenden Fachkräfte in unseren Kitas lösen, sondern auch unser Land vor Überfremdung durch nicht integrationswillige Migranten retten und unser Sozialsystem vor dem Kollaps bewahren.

(Beifall bei der AfD)

Wir lehnen den Antrag der SPD ab und stimmen dem Berichtsantrag der CSU zu.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sagen das die von der Identitären Bewegung?)

– Herr Becher, jetzt ist doch Gras legal; ich verstehe gar nicht, warum Sie immer noch die ganze Zeit so herumschreien.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Julia Post für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Julia Post (GRÜNE): Liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor Kurzem hat mich folgende Zuschrift erreicht, die mehr Substanz hat als die Rede meines Vorredners:

"Wir Mütter brauchen dringend Hilfe. Wir sollen arbeiten, als hätten wir keine Kinder, und die Kinder großziehen, als würden wir nicht arbeiten."

Das ist die Situation von Eltern in Bayern. Sie werden von der Regierung alleingelassen und stehen täglich am Rande der Erschöpfung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): So ein Blödsinn! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Blödsinn! – Martin Wagle (CSU): So ein Blödsinn!)

Eltern wünschen sich, dass ihre Kinder in besten Händen sind. Dafür sind sie bereit viel zu geben. Doch in den vergangenen Monaten ist das Leben für die Menschen spürbar teurer geworden. Vielerorts kamen für viele steigende Kitagebühren obendrauf.

Für Kinder entscheidet sich in der frühen Lebensphase verdammt viel. Der Grundstein für das Lebensglück und die Chancen, die man mal im Leben haben wird, wird in den ersten sechs Lebensjahren gelegt, und zwar sowohl für die soziale Entwicklung als auch für die intellektuelle Entwicklung. Dafür braucht es in diesen Jahren Bildung, nicht einfach nur Betreuung und Aufbewahrung. Diese Bildung, diese Zuwendung wird von Menschen, von pädagogischem Fachpersonal, geleistet bzw. sie würden sie gerne leisten. Doch sie gehen regelmäßig unter im Verwaltungskram und kämpfen mit zu großen Gruppen, die individuelle Zuwendung erschweren oder gar unmöglich machen.

Was wir dringend brauchen, das sind gute Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung, damit wieder mehr Menschen diese Berufe ergreifen, die unsere Kinder stark für die Zukunft machen.

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigung Frau Kollegin, ganz kurz: Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe und darum, die Einzelgespräche hinten einzustellen. – Danke.

Julia Post (GRÜNE): Wir brauchen Planungssicherheit für Träger, über denen zurzeit fast immer der Pleitegeier kreist. Erst dann können diese Träger die beste Qualität an Bildung bieten und Elternbeiträge sozialverträglich gestalten. Das alles ist ein Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit, und ich glaube, die ist uns allen verdammt wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das mag Sie jetzt vielleicht überraschen, aber dafür braucht man Geld. Unser Job ist es, dass wir für Investitionen in Kitas, in die frühkindliche Bildung, sorgen und damit Eltern, Fachkräfte und Träger aus ihrem täglichen Struggle befreien.

Egal, ob man Kinder hat oder nicht: Es geht um die Zukunft unserer Gesellschaft. Unsere Kinder haben die allerbesten Startchancen fürs Leben verdient. Sie sollen doch mal gut ausgebildete Fachkräfte sein, die den Wohlstand von morgen sichern. Investitionen in die frühkindliche Bildung bewirken genau da am allermeisten.

Es geht aber auch um die Gegenwart. Mit verlässlicher Kinderbetreuung können wir schon heute das Potenzial von Frauen für den Arbeitsmarkt heben. Das reduziert für Frauen die Gefahr von Altersarmut, und dieses Potenzial brauchen jetzt auch unsere Unternehmen ganz dringend. 40 % der Unternehmen müssen Aufträge ablehnen, weil ihnen das Personal fehlt. Investieren wir also, das lohnt sich an dieser Stelle kräftig.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wir GRÜNE wollen genau das und haben dies auch in den Haushaltsberatungen mit Änderungsanträgen unterlegt. Wir wollen, wie die SPD, dass sich der Basiswert für Kitas erhöht. Das muss sofort passieren, noch in diesem Doppelhaushalt, und deshalb stimmen wir auch dem Dringlichkeitsantrag der SPD zu.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Aber das allein reicht nicht. Wir wollen mehr. Wir brauchen mittelfristig eine ganz andere, eine bessere Finanzierungsstruktur. Dafür müssen wir das BayKiBiG reformieren;

(Thomas Huber (CSU): Dann stimmt unserem Antrag zu!)

etwas, was sich die Staatsregierung laut Koalitionsvertrag ausdrücklich vorgenommen hat.

(Martin Wagle (CSU): Sie haben keine Ahnung, wie Kindergärten finanziert werden! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben überhaupt keine Ahnung!)

Die Anhörung, die wir GRÜNE dazu beantragt haben, haben wir vergangene Woche einstimmig im Sozialausschuss beschlossen. Da brauchen wir jetzt wirklich Tempo; denn Eltern, Kitapersonal, Träger, das ganze System ist am Limit, und das wissen wir alle auch.

(Thomas Huber (CSU): Stimmt unserem Antrag zu! – Martin Wagle (CSU): Keine Ahnung!)

Hierin zu investieren, das ist ein echtes Förderprogramm auch für unsere Wirtschaft.

(Unruhe)

Zum CSU-Antrag: – Thomas Huber, jetzt rede ich über euren Antrag! – Der Berichtsantrag geht für mich in Ordnung. Er ist vielleicht nach unserer letzten Ausschusssitzung ein bisschen hinfällig, wir haben ja gemeinsam die Anhörung beschlossen. Wir müssen uns aber enthalten, weil wir mit den bisherigen Handlungen – das ist der erste Absatz – noch nicht zufrieden sind.

(Martin Wagle (CSU): Weil zu wenig Basiswissen vorhanden ist!)

Das ist einfach noch nicht ausreichend, das können wir nicht begrüßen. Viele andere Punkte, die im CSU-Antrag stehen – eine auskömmliche Finanzausstattung, sozialver-

träglichel Elterngelbühren und hohe Qualität –, teilen wir ausdrücklich. Aber es ist auch alles ein bisschen ein starkes Wollen, und wir hoffen einfach ganz inständig, dass das jetzt nicht nur beantragt wird, sondern dass es vor allem umgesetzt wird; denn bei vielen Punkten haben wir in Bayern noch große Baustellen. Wir haben die schlechteste Fachkraftquote, wir müssen die Vergütung ab dem ersten Tag der Kinderpflegeausbildung einführen, es braucht die kostenfreie Weiterqualifizierung und, und, und.

Das heißt: Dem SPD-Antrag stimmen wir zu, beim CSU-Antrag enthalten wir uns.

Ich will mit einer weiteren Zuschrift enden, die mich erreicht hat, einem Appell an uns alle, der, finde ich, sehr gut unterstreicht, was wir hier gemeinsam auf den Weg bringen sollten. Deshalb freue ich mich auch auf die Anhörung zum BayKiBiG:

"Ich wünsche mir, dass man sich ernsthaft und über politische Lager hinweg Gedanken macht, wie man allen Kindern ein Recht auf gleichberechtigte Bildung und Teilhabe garantieren kann. Es bleiben ja nicht nur die Frauen daheim und werden ihrer Chancen beraubt, sondern auch die Kinder. Ich erwarte, dass alle politischen Akteure dafür kooperieren. Anders geht es nicht."

(Martin Wagle (CSU): Schön vorgelesen! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Genau das tun wir!)

Ich freue mich darauf, das im Ausschuss fortzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Julian Preidl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte.

Julian Preidl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an das anschließen, was Frau Rauscher gesagt hat: Was hat sich in den vergangenen Jahren getan? – Stichwort: Sprach-Kitas. Hier

hat das Land eindeutig etwas geleistet, während im Bund Wortbruch begangen worden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das muss man mal ganz klar feststellen. Für die Kitas wird sehr viel geleistet. Heute beobachten ganz viele Erziehende, Pädagogen und Träger da draußen die Debatte. Deshalb rufe ich dazu auf, dass wir das Thema wirklich sachlich diskutieren.

De facto – das ist richtig – sind die Betriebskosten und Personalkosten, die Instandhaltungskosten und Prüfkosten teils drastisch gestiegen. Das bemerkt aber auch jeder, der Eigentum hat oder zur Miete wohnt. Die Gründe sind ja eigentlich allseits bekannt: Energiekosten, Personalmangel etc. Das bedeutet, genauso wie bei uns zu Hause eben auch, dass die Gefahr der Defizite immer spürbarer wird. Das wirkt sich logischerweise auch auf die Träger, die Eltern und eben auch auf die Kommunen aus.

Das ist aber nicht nur in den Kitas so. Ich hatte gestern ein Gespräch mit einer Bildungseinrichtung, die alleine für die Dachsanierung 350.000 Euro gezahlt hat, aus Rücklagen finanziert, aber im Moment keine Rücklagen mehr bilden kann.

Ein anderes Beispiel: Bei mir in der Region muss eine kleine Gemeinde 3 Millionen Euro für den Kita-Ausbau in die Hand nehmen. Warum? – Weil auch die gesetzlichen Anforderungen und Ansprüche insgesamt zu hoch geworden sind. Was folgt daraus? – Es kommen immer mehr Kosten auf alle zu.

Die Lösung hierfür wäre, dass wir den Trägern mehr Gestaltungsfreiheit und Flexibilität geben. Da ist es jetzt eine gute alte SPD-Tradition, dass man sagt: Wenn das so ist, dann muss der Staat einfach mehr Geld zur Verfügung stellen, und dann ist man alle Sorgen los. Das ist eine ganz klassische Vorgehensweise. Das kann man auch so machen, aber dann würden wir in ein paar Jahren vor denselben Haushaltstricksereien und Defiziten stehen wie die SPD-regierten Länder.

Hier in Bayern wird sauber gewirtschaftet, und genau deshalb müssen wir doch die SPD-regierten Länder immer mitfinanzieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Denn wir hier in Bayern können mit Geld umgehen. Damit die Kitas in Zukunft mit ihrem Geld auskommen, brauchen sie im Kern vier Punkte:

Erstens. Die teilweise nicht mehr nachvollziehbaren Anforderungen müssen wir mindern. Da müssen sich alle auf einen Weg machen.

Zweitens. Diese ständige Mentalität der Rechtsansprüche gegen den Staat geht so auch nicht mehr. Das sagen mir die Bürgermeister im Gespräch auch.

Drittens. Bürokratie und Verwaltungsaufwand müssen wir Stück für Stück senken.

Viertens. Nicht immer nur nach mehr Geld schreien, sondern nach mehr Effektivität des Gesamtsystems.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Aber zu der Forderung nach mehr Geld: Die Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen in Bayern erhöhen sich im Jahr 2024 um 425 Millionen auf über 3,4 Milliarden Euro und im Jahr 2025 um weitere 93,6 Millionen Euro. Die Gesamtausgaben für Soziales steigen im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um satte 11,4 % und 2025 weiter um 76,4 Millionen auf über 8,5 Milliarden Euro.

Das ist ein deutliches Bekenntnis zu unseren Kitas in Bayern, zu den Trägern, Erziehern, Kinderpflegern, Pädagogen und allen weiteren Sozialberufen. Es ist auch ein Bekenntnis der Staatsregierung zur Entlastung der Kommunen und von Eltern im Freistaat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Und das, obwohl der IWF nur noch ein Miniwachstum von 0,2 % in diesem Jahr voraussagt. Das muss man immer auch beachten; gestern kam diese Meldung. Stellen wir uns doch mal die Frage, was passiert, wenn überhaupt kein Wachstum mehr stattfindet. Können wir dann immer noch mehr und mehr und mehr Geld fordern? Denken Sie an die vier eben genannten Punkte. Die würden uns viel eher weiterbringen als diese ständige Forderung nach mehr Geld.

Wir FREIEN WÄHLER stehen mehr denn je hinter unseren Kitas und Kommunen, sorgen nachweislich dafür, dass noch mehr Geld im Sinne unserer Kitas bereitgestellt wird, gleichen ausbleibende Leistungen des Bundes aus und kümmern uns parallel gemeinsam mit dem Koalitionspartner noch darum, dass in Bayern weiterhin sauber gewirtschaftet wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Johannes Becher vor. Bitte.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Preidl, ich habe versucht, Ihre vier Punkte mitzuschreiben. Mir war nicht hundertprozentig klar, was Sie konkret meinen. Flexibilität für die Träger – da würde mich ganz konkret interessieren: Was heißt das für einen Träger? Was wollen Sie flexibilisieren, was jetzt nicht flexibel ist?

Das Zweite ist: Die Anforderungen müssen herunter, haben Sie gesagt. Welche Anforderungen? Geht es da um Qualitätsstandards? Worum geht es da? Welche Anforderungen möchten Sie heruntersetzen?

Das Dritte ist: Sie haben die Effektivität des Gesamtsystems angesprochen. Das klingt auch wunderbar. Ich möchte Sie einfach fragen: Wie wollen Sie das machen? Wo ist unser Gesamtsystem jetzt ineffektiv? Was machen die Kommunen falsch? Wo wollen Sie das verbessern?

Für mich war das Ganze eine Aneinanderreihung von wohlklingenden Satzbausteinen. Darum hätte ich gern ganz konkrete Punkte, damit ich weiß, was ich den Trägern erzählen kann, wofür die FREIEN WÄHLER gerade stehen.

Julian Preidl (FREIE WÄHLER): Sitzen Sie in einem Gemeinderat?

(Johannes Becher (GRÜNE): Ja!)

Zum einen: Viele, die in Kitas arbeiten, sitzen öfter sehr lange am Schreibtisch. Die könnten aber auch bei den Kindern sein. Da könnte man effektiver werden. Das meine ich damit.

Zum anderen sind in den vergangenen Jahren die Anforderungen, beispielsweise an die Räumlichkeiten, die Fläche usw., immer mehr gestiegen. Auch das müssen die Kommunen stemmen. Dadurch entstehen weitere Mehrkosten. Stück für Stück, Woche für Woche kommen mehr Anforderungen dazu. Das müssen am Ende die Kommunen auffangen. Das spreche ich auch als Stadtrat an. Um genau das geht es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich gebe kurz bekannt, dass auch die Regierungsfractionen für ihren Dringlichkeitsantrag "Für Bayerns Familien: Kitas jetzt weiterentwickeln", Drucksache 19/1819, namentliche Abstimmung beantragt haben. Wir haben keine 15 Minuten Wartezeit, weil wir gemeinsam über den SPD-Antrag beraten. Dafür wurde bereits die namentliche Abstimmung angekündigt.

Jetzt hat noch für die Staatsregierung die Staatsministerin Ulrike Scharf um das Wort gebeten. Bitte.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich immer, wenn wir über die Kinderbetreuung sprechen. Ich mache das tagtäglich, gefühlt den ganzen Tag, weil für mich Kinder,

Kitas und Kitafachkräfte oberste Priorität haben und die Nummer eins auf meiner Agenda sind.

Ich kann Ihnen nur immer wieder zurufen: Die Bedeutung der Kinderbetreuung können wir nicht hoch genug einschätzen. Sie ist familienpolitisch, bildungspolitisch, sozialpolitisch, integrationspolitisch, aber auch wirtschaftspolitisch von höchster Bedeutung. Ich mag das Wort nicht so gerne, sage es aber trotzdem, weil es das Ganze auf den Punkt bringt: Kinderbetreuung ist für mich systemrelevant. Deshalb müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um hier gut voranzukommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, ich kann gleich vorausschicken: Der Antrag, den Sie heute eingebracht haben, liebe Doris Rauscher, ist überflüssig – eigentlich ist er Zeitverschwendung –, weil wir längst an der Arbeit sind und es mitnichten so ist, dass sich gerade im Bereich der Finanzierung und der finanziellen Ausstattung für die Kindertagesstätten nichts täte.

Wir haben vor fünf Jahren das Bündnis für frühkindliche Bildung in Bayern gegründet. Es gibt die Facharbeitsgruppe "Kita 2050". Sie erarbeitet ganz konkrete Vorschläge. Diese Facharbeitsgruppe tagt seit einem guten halben Jahr. Es geht darum, wie wir die gesetzliche Betriebskostenförderung auf ein neues Niveau heben können, und auch darum, wie wir die Bürokratie auf allen Ebenen abbauen. Wir haben gerade gehört, dass auch das ein Teil der Belastung ist, die wir in den Kitas wahrnehmen. Wir arbeiten unglaublich gern und gut mit dem Bündnis zusammen. Ich persönlich versuche, bei möglichst vielen Sitzungen dabei zu sein. Die Facharbeitsgruppe wird bereits Ende April wieder tagen.

Die Regierungsfaktionen haben in den Koalitionsvertrag geschrieben, dass das Bay-KiBiG weiterentwickelt wird. Ich freue mich, dass wir uns in dieser Legislaturperiode die Zeit dazu nehmen können, weil dabei so viele Fragen zu klären sind, dass das nicht von heute auf morgen geht. Mir ist wichtig, dass wir einen umfassenden und er-

gebnisoffenen Diskurs mit den Partnern führen und genau abwägen, was die richtigen und nachhaltigen Lösungen sind.

Ich darf noch etwas zu dem Antrag der SPD-Fraktion sagen, vielleicht etwas sportlich: Geld allein schießt keine Tore. Es braucht sehr viel mehr. Nur Geld in das System zu geben, reicht nicht. Deshalb wollen wir im BayKiBiG ein umfassendes Reformkonzept anstoßen. Ich erwarte mir auch konstruktive Mitarbeit.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen an der Seite unserer Kommunen. Ich sage aus tiefer Überzeugung, dass wir das mit der größten Kraftanstrengung tun.

Wir stehen aber auch an der Seite unserer Familien. Familien haben einen realen Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen. Ich darf Ihnen sagen: Während wir 2011 noch 420.000 Kinder in der Betreuung hatten, sind es im letzten Jahr 640.000 gewesen, also mehr als 200.000 Kinder mehr in über zehn Jahren. Das bedeutet auch, wir haben uns in den letzten zwölf Jahren beim Personal unglaublich entwickelt. Was die Personalausstattung betrifft, war das ein Aufwuchs um 85 %. 118.000 Beschäftigte sind in unseren Kitas. Ich freue mich ausgesprochen darüber, dass sich unser Quereinsteigerprogramm, das Gesamtkonzept für die berufliche Weiterentwicklung, so großer Beliebtheit erfreut und wir über 6.000 Menschen für die Arbeit in den Kitas begeistern konnten.

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Entschuldigen Sie ganz kurz. – Ich bitte um etwas mehr Ruhe und darum, die Einzelgespräche einzustellen. Wenn man sie nicht aufschieben kann, dann bitte ich, sie vor dem Plenarsaal zu führen.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Wir haben zwei große Säulen, die uns wirklich intensiv und tagtäglich beschäftigen: Das sind genügend Plätze in der Kinderbetreuung und genügend Personal. Wenn ich allein die letzte Legisla-

turperiode anschauen: Wir haben uns vorgenommen, 42.000 Plätze zu schaffen. Herausgekommen sind 73.500, also fast die doppelte Anzahl. Wir lassen auch hier nicht nach. Der jetzige Koalitionsvertrag sieht für die Unter-Sechsjährigen noch zusätzlich 50.000 Plätze vor.

Natürlich haben wir auch die Ganztagsbetreuung sehr intensiv im Blick. Dafür sind die Förderrichtlinien für die Kommunen längst auf dem Weg, nämlich seit September letzten Jahres. Wir wollen 130.000 zusätzliche Plätze für Grundschulkinder in der Nachmittagsbetreuung schaffen.

Mir ist auch wichtig, eine Zahl zu nennen, nämlich bezüglich der Frage, was der Freistaat leistet, wenn es um die Betriebskostenförderung geht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Jahr 2023 waren das 2,3 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jeder Euro ist gut und richtig investiert, auch wenn die kommunale Pflichtaufgabe im Raum steht. Es ist heute schon diskutiert worden: Auch die Kommunen müssen hier ihre Aufgaben erfüllen.

Hinsichtlich der Anpassung des Basiswerts, die ja regelmäßig stattfindet, kann ich sagen: Im Vergleich zum letzten Jahr sind es 10 % mehr. Wir haben sogar eine vorgezogene Abschlagszahlung angeboten und zur Verfügung gestellt, und zwar in Höhe von 90 Millionen Euro bereits im November, damit man den Tarifsteigerungen bei den Personalkosten standhalten kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN – vor allen Dingen Frau Post möchte ich gerne ansprechen –, wenn es um die Kinderbetreuung geht, brauchen wir auch den Bund. Schauen wir uns nur einmal das KiTa-Qualitätsgesetz an: Wir haben jetzt Mitte April und wissen nach wie vor nicht, wie es Ende dieses Jahres weitergeht. Ähnlich ist es bei den Sprach-Kitas: ewige Verzögerung. Letztlich mussten wir selbst einspringen. Frau Paus hat es geschafft, für das Gute-KiTa-Gesetz,

das Ende 2022 ausgelaufen ist, am 20. Dezember einen Beschluss für den 1. Januar 2023 herbeizuführen. Diese Planungsunsicherheit und Hängepartie sind nicht gut für Bayern. Immerhin stehen 300 Millionen Euro auf dem Spiel. Wir wissen nicht, wie es weitergeht. Setzen Sie sich bitte dafür ein, dass das KiTa-Qualitätsgesetz bzw. die Verlängerung ab Ende des Jahres vorankommt, damit wir für 2025 ordentlich planen können. Für die Träger ist auch wichtig, dass Planungssicherheit besteht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf die kommende Zeit, wenn wir gemeinsam einen konstruktiven Prozess anstoßen, um die Kinderbetreuung so darstellen zu können, dass wir allen Bedarfen der Eltern gerecht werden, ob im U6-Bereich oder ab 2026 dann auch in der Ganztagsbetreuung. Den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion brauchen wir dazu nicht. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt. Wie vorher angekündigt, finden beide Abstimmungen in namentlicher Form statt.

Wir starten mit dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/1811. Ich bitte Sie, dazu die Abstimmgeräte zu verwenden. Die Abstimmzeit beträgt für den ersten Antrag drei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 17:00 bis 17:03 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, konnten alle ihre Stimme abgeben? – Das scheint der Fall zu sein. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Das Ergebnis wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

Wir kommen zur zweiten namentlichen Abstimmung, zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Regierungsfractionen auf Drucksache 19/1819. Hier beträgt die Abstimmungszeit zwei Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Zurufe: Funktioniert nicht!)

– Wir haben es mitbekommen, dass es technisch noch nicht läuft. Wir arbeiten an der Lösung des Problems. –

(Michael Hofmann (CSU): Jetzt geht's! – Namentliche Abstimmung von 17:04 bis 17:06 Uhr)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben? – Ich schaue ins Plenum – das scheint der Fall zu sein. Damit schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis der beiden namentlichen Abstimmungen wird zu einem späteren Zeitpunkt im Laufe der Plenarsitzung bekannt gegeben.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:
(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 17.04.2024 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayer u. a. und Fraktion SPD; Mehr Geld für Bayerns Kitas (Drucksache 19/1811)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg				Flierl Alexander			
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl		X	
Baur Konrad				Freudenberger Thorsten			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias				Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Goller Mia	X		
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin		X		Graupner Richard		X	
Börtl Maximilian		X		Grießhammer Holger	X		
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian	X			Gross Sabine	X		
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus				Guttenberger Petra	X		
Celina Kerstin	X			Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
				Halbleib Volkmar	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel		X	
Demirel Gülseren	X			Hartmann Ludwig	X		
Dierkes Rene		X		Hauber Wolfgang		X	
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef		X	
Dietz Leo		X		Dr. Herrmann Florian			
Dorow Alex				Herrmann Joachim			
Dremel Holger		X		Hierneis Christian	X		
Dünkel Norbert		X		Högl Petra		X	
				Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner		X	
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter			
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	46	120	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 17.04.2024 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Julian Preidl u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Für Bayerns Familien: Kitas jetzt weiterentwickeln (Drucksache 19/1819)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin			X	Eberwein Jürgen	X		
Aigner Ilse	X			Dr. Ebner Stefan	X		
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin	X		
Arnold Dieter	X			Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Arnold Horst			X	Eisenreich Georg			
Artmann Daniel	X			Enders Susann	X		
Atzinger Oskar	X						
				Fackler Wolfgang	X		
Bäumler Nicole			X	Fehlner Martina			
Bauer Volker	X			Feichtmeier Christiane			X
Baumann Jörg				Flierl Alexander			
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl	X		
Baur Konrad				Freudenberger Thorsten			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Friedl Patrick			X
Becher Johannes			X	Friesinger Sebastian	X		
Beck Tobias				Frühbeißer Stefan	X		
Becker Barbara	X			Fuchs Barbara			X
Dr. Behr Andrea	X			Füracker Albert			
Behringer Martin	X						
Beißwenger Eric				Gerlach Judith			
Bergmüller Franz				Gießübel Martina	X		
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas			X	Goller Mia			X
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin	X			Graupner Richard	X		
Bötl Maximilian	X			Grießhammer Holger			X
Bozoglu Cemal			X	Grob Alfred	X		
Brannekämper Robert	X			Groß Johann	X		
von Brunn Florian			X	Gross Sabine			X
Dr. Brunnhuber Martin	X			Grossmann Patrick	X		
Dr. Büchler Markus			X	Guttenberger Petra	X		
Celina Kerstin			X	Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
				Halbleib Volkmar			X
Deisenhofer Maximilian			X	Halemba Daniel	X		
Demirel Gülseren			X	Hartmann Ludwig			X
Dierkes Rene	X			Hauber Wolfgang	X		
Dierl Franc	X			Heinisch Bernhard	X		
Dr. Dietrich Alexander	X			Heisl Josef	X		
Dietz Leo	X			Dr. Herrmann Florian			
Dorow Alex				Herrmann Joachim			
Dremel Holger	X			Hierneis Christian			X
Dünkel Norbert	X			Högl Petra	X		
				Hofmann Michael	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus	X		
Holz Thomas	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Jakob Marina	X		
Jungbauer Björn	X		
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas	X		
Kirchner Sandro	X		
Knoblach Paul			X
Knoll Manuel	X		
Köhler Claudia			X
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen	X		
Koller Michael	X		
Konrad Joachim	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne			X
Lausch Josef	X		
Lettenbauer Eva			X
Lindinger Christian	X		
Lipp Oskar	X		
Locke Felix	X		
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald	X		
Meyer Stefan	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin	X		
Müller Johann	X		
Müller Ruth			X
Müller Ulrike	X		
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan	X		
Osgyan Verena			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim			X
Prof. Dr. Piazzolo Michael	X		
Pirner Thomas	X		
Pohl Bernhard	X		
Post Julia			X
Preidl Julian	X		
Rasehorn Anna			X
Rauscher Doris			X
Reiß Tobias	X		
Rinderspacher Markus			X
Rittel Anton	X		
Roon Elena	X		
Saller Markus	X		
Schack Jenny	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Martin	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			X
Schießl Werner	X		
Schmid Franz	X		
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut	X		
Schnürer Sascha	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			X
Schulze Katharina			X
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Siekmann Florian			
Singer Ulrich	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			X
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner	X		
Stock Martin	X		
Stolz Anna			
Storm Ramona	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Striedl Markus	X		
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			X
Tomaschko Peter	X		
Toso Roswitha	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele			X
Vogel Steffen	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter			
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan	X		
Waldmann Ruth			X
Weber Laura			X
Dr. Weigand Sabine			X
Weigert Roland	X		
Weitzel Katja			X
Widmann Jutta			
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Freiherr von Zobel Felix	X		
Zöller Thomas	X		
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	122	0	45